

# **Der Staat als zivilisierte Räuberbande**

## **Präsidialansprache Gregor Biffiger anlässlich der Delegiertenversammlung des Gewerbeverbandes Limmattal vom 11.11.2004**

Manchmal werfen auch nicht gehaltene Reden hohe Wellen. Wie Sie vermutlich alle wissen, trug schon meine letztjährige Präsidialansprache den Titel "Der Staat als zivilisierte Räuberbande". Leider konnte ich sie damals wegen einer Erkrankung nicht halten. Nach der Delegiertenversammlung erhielt ich diverse bedauernde Rückmeldungen, dass die Rede nicht gehalten worden sei.

Nachdem ich mich entschieden hatte, dasselbe Referat dieses Jahr zu halten, gab es eine Rückmeldung aus dem Vorstand, der meinem Referatstitel nichts Gutes abgewinnen konnte. Letztlich seien doch wir alle der Staat und dieser Referatstitel bezichtige damit jeden Staatsbürger der Mitgliedschaft in einer Räuberbande. Das könnte man blauäugig so sehen. Doch die heutige staatspolitische Realität sieht doch ganz anders aus. Der Staat wird bestenfalls mit Legislative und Regierung gleichgesetzt. Schlechtestenfalls und immer häufiger wird der Staat im Volksmund jedoch mit Verwaltung und Beamtentum gleichgesetzt. Diese tiefgreifende Veränderung im Staatsverständnis ist Ausdruck einer massiven Entfremdung der Bürgerin und des Bürgers vom Staat. Was jedoch ist die Ursache hierfür?

Der Schweizer Staat wächst und wächst. Die Wirtschaft lahmt. Renommierete Unternehmen stürzen ab. Viele liegen darnieder, einer boomt: der Schweizer Staat. Seit Jahren verzeichnet er fantastische Wachstumsraten. In immer neue Lebensbereiche wuchert er hinein. Kommissionen, Untergruppen, Berater, Helfer, Therapeuten, Gesundheitsbetriebe, PR-Agenturen, Kontrollorgane, ein Heer von Gutachtern und Gegengutachtern, Sprechern, Informations-Beamten, Verkehrsverlangsamungsexperten und Wohnungsbaubeauftragten leben auf Kosten des Steuerzahlers vom Staat, der nach dem inneren Naturgesetz bürokratischer Organismen in Rekordtempo expandiert. Wann wird die Zahl der Exekutivmitglieder in Bund und Kantonen erhöht, weil sie den Verwaltungsaufwand nicht mehr bewältigen können, den sie selber verursachen?

Weltweit liegen punkto Staatsquotenwachstum nur noch die Japaner vor uns. Bald werden wir die von Mehrfachbürokratien überkrusteten Nachbarstaaten in Europa eingeholt haben. Als Finanzminister Stich (SP) Anfang der achtziger Jahre seinen Posten antrat, betrug sein Budget 23 Milliarden Franken. Unter Amtsnachfolger Villiger (FDP) haben die Staatsausgaben die 50-Milliarden-Schwelle überschritten. Seit 1990 verbrennt der Bund jedes Jahr zwei Steuermilliarden zusätzlich. Ein Ende ist nicht abzusehen. Da jeder Sparvorschlag als Verbrechen am Seelen-

leben des Landes taxiert wird, gelten Vorstösse wie jener der SVP, die Ausgaben auf den Stand von 1998 zurückzufahren, als intellektueller Skandal. Inzwischen haben wir es mit orwellschen Sprachverdrehungen zu tun. Im Newspeak der Bewahrer muss schon von Sparen gesprochen werden, wenn gar nicht gespart wird, sondern lediglich die Zuwächse marginal beschnitten werden.

Zur Erinnerung: Die Schweiz ist ein rohstoffarmes Offshore-Land. Sie lebt von ihrer Wertschöpfungskraft und einem wirtschaftsfreundlichen Klima. Ihr Staatsverständnis wurzelt im Prinzip der Politikverneinung: Neutralität gegen aussen, Machtzerstückelung gegen innen. Viel Freiheit, wenig Steuern. Aus den Gebirgstälern der Alpen haben sich unter günstigen Bedingungen Selbstorganisationsformen ins Unterland fortgepflanzt, die auf einem konservativen Misstrauen gegen Machtballungen beruhen. Das Resultat war ein schwacher, überbremster Staat, der sich als erstaunlich effizient erwiesen hat. In der Schweiz ist bis weit in die Moderne hinein eine Erinnerung wach geblieben, die der renommierte amerikanische Ökonom Mancur Olson einst so beschrieb: Staaten sind zivilisierte Räuberbanden. Die Horden terrorisierten das schollengebundene Fussvolk. Wer Schutzgelder zahlte, hatte nichts zu befürchten. Wer sich zur Wehr setzte, wurde ausgelöscht. Mit den Schutzgeldern, die man irgendwann in Steuern umbenannte, errichteten die Herrscher Burgen und gewaltige Paläste.

Philosophen und Theologen wurden herbeigeholt, um den Zwangsverbänden blasphemisch die Weihen Gottes oder der Vernunft zu verleihen. Doch niemandem gelang, was am Anfang des 21. Jahrhunderts in der Schweiz für viele als selbstverständlich gilt: dass der Staat ein heiliges Recht darauf besitzt, seinen Bürgern über die Sicherstellung elementarer Grundbedürfnisse hinaus das Geld aus der Tasche zu ziehen für Ansprüche und Tätigkeiten, über deren Sinn und Nutzen die Experten rätseln.

Der in Zeitungsberichten wortreich angeprangerte Raubtier- und Abzockerkapitalismus liefert dankbare Sündenböcke, an denen sich die Volksseele abarbeiten kann. Die Medien, dank der eidgenössischen Presseförderung inzwischen eine Art Unterorgan des Staates, beschwören das Schreckbild enthemmter Konzerne, die in seelenloser Gier die Menschheit in Elend stürzen, sofern sie nicht von weisen Bürokraten beaufsichtigt werden.

Stillschweigend hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass Staaten von Anstand und Altruismus beherrscht werden, während im privaten Sektor Gier und Eigennutz regieren. Das ist ein Grundlagenirrtum. Erstens: Die Macht der Konzerne wird wie immer überschätzt. Nike und Nestlé haben weniger Einfluss auf den Durchschnittsschweizer als der Steuerbeamte in der Heimatgemeinde. Falsche Politikentscheide betreffen mehr Leute als ein paar überrissene Abgangsentschädigungen für grössenwahnsin-

nige Manager. Zweitens: Auch in den heiligen Hallen des Staates walten menschliche Leidenschaften. Was dem Frühmenschen Mesopotamiens instinktiv einleuchtete, ist heute offenbar erklärungsbedürftig: Staaten streben nach Grösse und Macht, sie wollen gedeihen und brauchen Geld dafür.

Die aktuelle Tendenz ist ungemütlich für alle, die nicht davon leben wollen: Dem privaten Sektor werden Mittel entzogen. Steuern und Abgaben steigen unaufhörlich. Errichtet wird ein Riesenheer von Staatsabhängigen. Die Schweiz ist auf einer Geisterfahrt in jene Niederungen, von denen sich Deutschland mit Brachialgewalt entfernen will. Orientierungshilfe leistet ein längst vergessenes Urtier der neueren Politikgeschichte. Margret Thatcher schreibt in ihrem letzten Buch, was im politikgläubigen Umverteiler-Bern wohl als Blasphemie empfunden würde: "Jede Regierungsintervention ist problematisch. Der Staat sollte sich nur dann einmischen, wenn die Notwendigkeit bewiesen ist."

Was ist aus dem einstigen Musterknaben Schweiz in Sachen Wirtschaftswachstum geworden? OECD-Studien sprechen eine deutliche Sprache: Spitzenplatz bei der Staatsquote und fataler Absturz beim Wirtschaftswachstum! Was ist zu tun? Es gibt nur einen Ausweg aus diesem Dilemma: Wir müssen dem Staat das Geld wegnehmen. Ausgaben müssen substanziell gekürzt und Einnahmen zurechtgestutzt werden. Haushaltsüberschüsse und Versilberung von Tafelsilber sind zur Schuldenreduktion zu verwenden, damit wieder Freiraum für Investitionen entsteht. Der Leitsatz "Stoppt den Staat, er ist zu teuer" hat nichts, aber auch gar nichts an trauriger Aktualität verloren.

Berikon, 11. November 2004

Gregor Biffiger  
Präsident GVL  
Grossrat